

Geschäftsstelle und Redaktion:
Dresden, u. 16, Holbeinstraße 46

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Wochentl. in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholte Ausgabe A mit Illustr. Beilage 10.20 M.
Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10.65 M., Ausgabe B 9.90 M. —
Ausgabe C 8.50 M. Familienausgaben 8.50 M. — Für unbewohnt gebliebene, sowie durch
Grenzüberschreitung aufgegebene Ansiedlungen können wir die Berechtigung für die Richtigkeit des Tages nicht übernehmen.

Freitag 2. Juli 1920

Fernsprecher 21 800
Postcheckkonto: Leipzig Nr. 14797

Die neue Regierung und die Parteien

Die Erklärung, die der Reichskanzler Fehrenbach am Montag vor dem zahlreich versammelten und aufmerksam lauschenden Reichstag abgab, ging weit über das Maß hinaus, das man sonst an Inhalt, Aufbau und Ausdehnung einer Regierungserklärung angesehen gewohnt war. Fehrenbachs Erklärung war ein Programm, angelegt nach dem großen Gesichtspunkt der Klassendefinition im Januar, sowie der Volksveröffentlichung noch außen, getragen von dem festen, ernsten Willen zum Wiederaufbau des Reiches und gegründet auf der Forderung nach Gerechtigkeit von seiten der einzigen Gegner. Es bedeutet einen Sammelruf für alle die im Glauben an die unverwüstliche deutsche Kraft und in Erkenntnis ihrer nationalen Pflicht an der Wiedergewinnung deutscher Wesens und an der Wiedererstarkung deutscher Wirtschaft mitarbeiten wollen. Dabei trägt es die Fäuste starker sozialpolitischer Pogung und starken sozialpolitischen Wollens um den deutschen Wirtschaft und dem deutschen Gesellschaftsleben aus der Kraft des gesamten Volkes heraus die Stühle zu geben, deren es bedarf, um sich von dem furchtbaren Schlag, den es erlitten hat, zu erholen. Einem solchen Programm, dessen einzelne Gesichtspunkte von diesen großen Grundsätzen herleitet wurden, kommt keine Partei die ihm gehörnde Anerkennung verfassen, weil es Achtung abringen möchte. So wird denn diese grobangelegte Rede entsprechend ihrer ganzen Anlage, ihres Inhalts und nicht zum letzten infolge der Wärme und Überzeugung, mit der sie vorgetragen wurde von einem Mann, der bis in die Kreise selbst der schärfsten Oppositionen ein großes Maß von Achtung genießt, dazu angetan, auch auf den Bänken der Opposition ihrem Eindruck nicht zu verschleiern. Nach all den Vorwürfen der letzten Wochen, nach den vielerlei Schwierigkeiten und Hemmnissen, die von Seiten der einzelnen Parteien einer Regierungsbildung in den Weg gelegt wurden, durfte man mit Recht nunmehr gespannt sein, wie sich die Parteien zu der Erklärung Fehrenbachs und der von ihm gebildeten Regierung stellen würden. Dabei kann man von vornherein feststellen, daß sowohl die Aussführungen der Oppositionsredner als auch die ihrer Presse, wenn auch nicht in allen Punkten zustimmend, so doch im allgemeinen wohlgenannt werden und da, wo sie die Kritik einstellt, sie sich doch wenigstens in den Bahnen einer zulässigen Auseinandersetzung bewegen.

Eine Ausnahme macht nur die „Deutsche Zeitung“, die überall da mit hämischer Front arbeitet, wo sie an den Tatsachen nicht rätseln kann. Mit ihr sind es naturgemäß die Kreise um Herrn Wille, die gegen Herrn Fehrenbach und sein Programm gehässig anprängen, in Kleingehalten herumkramend, um auf diese Weise den großen Eindruck seiner Rede zu verwischen. Hierin überbietet diese Kreise sogar die Herren von der extremen Linken, die sich zwar zu Fehrenbach und seinem Programm in scharfem Gegensatz stellen, dies aber, wie wir feststellen möchten, in sachlicher Kritik u. Auseinandersetzung tun als die Kreise um die „Deutsche Zeitung“. Wir sind nicht so töricht, daran etwa Hoffnungen zu knüpfen. So schreibt die „Freiheit“ in ihrer Dienstag-Morgenauflage: „Die Freiheit, die der neue Reichskanzler gehalten hat, war die erste Freiheit eines ernsten Mannes, und auch der politische Gegner wird Herrn Fehrenbach glauben, daß er nicht leicht das schwere Amt übernommen hat. Auch das Programm, das Herr Fehrenbach durchführen will, enthält vieles, dessen Verwirklichung möglich wäre.“ Wie auch die Linke, die von den Unabhängigen gebildet, sich zwar grundsätzlich ablehnend verhält, aber nicht alles, was im Programm gefragt ist, zu bestreiten beschäftigt, so hat auch der Redner der Rechten, der deutschnationalen Abg. Hergt, in ruhigerer Opposition die Zusage gegeben, daß seine Freunde gegen die Regierung kein Mithausen-Votum einbringen und auch nicht ein solches mitmachen würden, wenn es von anderen Seiten beantragt würde. Wenn allerdings die Regierung nicht nach den Grundsätzen verfahren sollte, die er und seine Freunde als Staatsnotwendigkeit bezeichnen, so sei es selbstverständlich, daß sie in Oppositionsstellung gingen. Diese durchaus vom Standpunkte deutschnationaler Auffassung kritisierende und doch in der Wahrheitlicher Ausdrücke sich bewegende Stellungnahme des Abg. Hergt, die schon jetzt von einer klugen altdutsch-nationalistisch gesinnten Rechtspolitiker zu unterstützen gesucht wird, zeigt hinreichend, daß auch auf dieser Seite des Hauses Fehrenbachs Worte ihre starke Wirkung nicht verloren haben. Um so bezeichnender ist eben das, was sich das Organ des ebenfalls deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Walle, die „Deutsche Zeitung“, leistet, wenn sie neben vielen anderen in Nr. 200 folgendes schreibt:

„Das neue Kabinett will sich vorstellen, und sein unter botanen Zuständen so ohne Zweifel außerordentlich wichtiges Programm entwerfen. Unsere Leute wissen, was von seiner Verantwortung im Hause zu halten ist. Wissen auch, wie wir zu ihm stehen. Es ist ein Kabinett Fehrenbach. Ein rein bürgerliches Kabinett; na ja! Und Herr Fehrenbach nennt sich jetzt Reichskanzler. Haben uns damals keiner wiederum ein Reichskanzler in Wunschkörper. Ein Reichsanwalt aus einer Mittelstadt, der von den zwischenstaatlichen Beziehungen nur als Zeitungsleser und als Parlamentarier mit ganz anderen Arbeitsgebieten Kenntnis hat, der die große Welt draußen nur vom Hörensagen kennt, von Lebensbedingungen, Bedürfnissen und Kraftquellen der anderen Völker, von ihrer Geschichte, wie der

des eigenen Volkes nicht mehr weiß als günstigstensfalls der Durchschnittsgebildete, — auch er reicht nie und nimmer aus zum Kanzler des Deutschen Reiches! Auch dann nicht, wenn er stammer Parkeimann und sogar Reichstagspräsident gewesen ist, — und auch nicht unter der Republik! Vor allem aber nicht unter den gegenwärtigen Umständen! Welchen ihm und seinem Amtsvorgänger, dem Herrn aus der Buchelbranche, ist in diesen Dingen wirklich kein allzu wesentlicher Unterschied! Schon vor dem 9. November 1918 waren die Kanzlerschaften von Jahr zu Jahr ein bedenklicher Spiel.

Mit Recht schreibt dazu die „Wossische Zeitung“ (Nr. 322): „Wie im Reichstag, so ist auch in der Presse die Anenahme des Kabinetts Fehrenbach verhältnismäßig wohlwollend. Ganz ablehnend verbürtigt sich nur die „Deutsche Zeitung“, das Organ der rechtsradikalen Gruppe in der Deutschnationalen Volkspartei. Sie erklärt, die Regierung werde „in allen wichtigen nationalen Kreisen“ von vornherein auf berechtigtes Misstrauen stoßen. Danach gehören die Deutschnationalen Fraktion des Reichstages samt dem Verlagsdirektor Wille und dem Parteivorsitzenden Herzl, der eine Misstrauenserklärung rücksichtslos abgelehnt hat, kaum noch zu den wichtig nationalen Kreisen. An anderer Stelle wird Herr Fehrenbach „Reichskanzler in Gütesachen“ genannt und seine Intimität mit Matthias Erzberger in einer Weise behandelt, die als persönliche Geschäftigkeit

Forderungen für die Liquidierung des Krieges stehen bevor. Und nun erleben wir inmitten dieser Trostlosigkeit das Sinnlose, daß dieses bettelarme Volk abermals Millionenverte in wilder Leidenschaft zerstört. Diese Bezugnahme Wichts auf die gegenwärtige Lebensmittellumwelt in verschiedenen Teilen des Reiches weckt mit Ausnahme bei den Unabhängigen im ganzen Hause lebhafte Zustimmung.

Nach Wichts Berechnung stellt sich unsere heutige Reichsschuld auf den geradezu entsetzlich hohen Betrag von 265 Milliarden Mark. Man muß dieser Summe gegenüberhalten den Betrag der Reichsschuld vor dem Kriege in Höhe von etwa 5 Milliarden Mark. Das geradezu furchterliche der Situation in der wir stehen, ist leider immer noch nicht den meisten Kreisen bewußt geworden. Man muß sich auch merken, mit welcher geringen Anteilnahme manche Abgeordneten diese furchtbaren Ziffern entgegengenommen. Man muß auch leider feststellen, daß verschiedene Abgeordnete in den Bänken große Bitten laufen, und daß zahlreiche Abgeordnete sich dem Anhören der Wirtschaftlichen Finanzpolitik entzogen haben. Hier aber liegen die Wurzeln unserer Wirtschaftslage. Wenn man weiter hört, daß wir heute in einem einzigen Jahr mehr an Steuern ausbringen müssen, als in sämtlichen Kriegsjahren von 1914 bis 1919 zusammengekommen, so erhält man annähernd einen Eindruck von der entsetzlichen Last, die wir zu tragen haben, die in Spaz, wenn man den Ententeblättern glauben könnte, noch weiter vermehrt werden soll. Man muß dem Reichsinstandsetzer zustimmen, wenn er fordert, daß das ganze Volk sich des furchtbaren Ernstes der Lage bewußt werden muß.

Das deutsche Volk und seine Wehrmacht

Die Stellung, die ein Teil des deutschen Volkes der Friedensregierung abzogen, war bisher dem Heere der Republik gegenüber eingenommen hat. Ist in ihrer psychologischen Entwicklung zu begreifen. Man war es gewohnt, im Militär eine besonders scharf herausgearbeitete Spalte eines politischen Systems zu erblicken. Und das neue Heer ist durch Hektik vielleicht mit dem alten verwachsen. Das ist der Grund der verbreiteten Abneigung dagegen.

Man kann die Gefüße widerlegen und doch ihre Aufrichtung vertreten. Es ist klar, daß man mit dem Augenblick, wo man aus dem widerwilligen Gehilfensebenen heraustrat und als Soldaten in das Staatsleben einging, Empfindlichkeiten, deren Verküpfung der oppositionellen Vergangenheit angehört, nicht fürde an den Tag legen darf. Es ist erlaubt, die Beziehungen des Gegners so lange zu betonen, als man durch ihre Benennung die eigene Sache schwächen würde; in dem Zeitpunkt aber, wo das Regiment eintritt, wird ihre beständige fernere Hervorhebung gegenstandslos, ja unfehlbar.

Es dürfte nicht unangebracht sein, vom Ausgangspunkt dieser Erwähnungen aus auch das Verhältnis zur Wehrmacht einmal zu überprüfen. zunächst eine Bemerkung darüber, was die Reichswehr sich eben anschlägt, für eine Bedeutung sie das Volksgemeinschaft zu erlangen. Der Friedensvertrag sieht fest, daß in den Tagen aller demonstrierten Formationen neben der Reichswehr, also Geisteskrieger, Sicherheitspolizei und Einwohnerwehr aufzuhören sollen zu bestehen. Es soll fortan nur noch ein einziges Organ des Schutzes und der Verteidigung geben, und auch das soll auf die Hälfte seines dermaligen Bestandes beschränkt werden: die Reichswehr.

Es kann zunächst unbedingt bleiben, insoweit die Forderungen der Entente in deren eigenem Interesse überhaupt erfüllbar sind. Hier steht in erster Linie dies zur Behandlung, daß in allzüchter Zeit der deutsche Staat aus Sichtlich auf der Wehrmacht mehr ruhen wird. Es ist das eine so erlöste Tatsache, daß aus ihr unmittelbar für alle Kreise des Volkes resultiert: Wenn ich durch das Regiment zur Europa in dieser irgendwie das Gefühl erzeugt wird, nicht Organ der Nation, des ungeteilten Ganzen zu sein, dann hängt die Existenz des Staates mit einem dünnen Faden. Was wir jetzt unbedingt brauchen, ist diebare Verbesserung des Gefüges, daß die Reichswehr zu uns allen gehört; keine Partei steht ihr feindlich gegenüber, sondern allein die Auordnung, die sie im Angenheiter Parteien zu bekämpfen hat. Endgültig ist zu sagen, daß es notzt, den Aberglauben fallen zu lassen und den Deutzen, die als Deutsche ja gar nicht einfache vorzunehmen ein könnten, Deutzen entgegenzubringen. Solange sie sich nicht von allen Seiten wohlwollend behandelt fühlen, ist es übermenschlich, ihre Wohlwollen für alle Seiten zu verlangen. Streiten wir uns doch nicht länger um Selbstverständlichkeit. Gegen Hochstapler und Verbrecherarten vom Schlaf der Hölle gibt es nur eine Einheitsfront der Amt und die ist sollte der hartnäckige Grundstreiter nach zwecken, daß seiner Sache gewidmet wird, wenn solche Naturen sich damit identifizieren.

Das Wohlwollen für die Wehrmacht nicht allein, sondern die Einheit in ihrer Bedeutung gelebt es, ihre Sache als eine Volksangelegenheit zu verstehen. Die nächste Notwendigkeit ist jedermann ist, zu fordern, daß die Wehrmacht als letzter Sicherheitsorgan imstande bleibt, ihre Studien zu erfüllen. Sie führt sich dabei bis jetzt auf mehr und entfernt verwandte Wehrkörpernichts, die werden die Zeit megenommen. Das würde Ihre Verstärkung bedingen statt dessen soll sie verminder werden. Das ist ein unmögliches Unikum, unmöglich für alle Volksstämme. Man vereinzeltartig sich nur von rechts ruft man von Wissensköpfen, von links schallt der gleiche Vorwurf zurück.

Die Staatsmacht mußt, und in diesem Augenblick ausgerechnet will man ihr den Grundstein zuschießen? Das heißt, das Chaos herausschaffen, das Chaos der Unbeständigkeit, der Wandernschaft. Und da gibt es wieder keine Versplitterung der politischen Orientierung, sondern bloß die Einheitsfront der Unabhängigkeit. Von rechts bis links ist nur ein Volk. Die Felsen des Haftstrichs würden nicht wiederkommen. Wir können uns entwideln, aber auf dem Wege der Freiheit. Und darum ist Einheitsfront in dem Urteil lebenswichtig.

Mit dem 100 000-Mann-Heer geben wir uns nicht zufrieden. Eine solche Stellungnahme aber soll der erste Schritt sein zur endlichen Befreiung alter Freiheiten. Die Streitkräfte beginnen erst seitens der Wehrmacht. Die ist uns die Wagnisburg unserer Selbstbehauptung.

Die Wirtschaftslage des Reiches

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

Von unserem besondern parlamentarischen Vertreter.

In der fortgesetzten Reichstagsdebatte über die allgemeine noch den Wahlen geschaffene volkswirtschaftliche Situation kam man in der Reichstagsitzung vom Donnerstag auf das wichtigste Thema des Tages, auf die Wirtschaftslage des Reiches, zu sprechen.

Die Sache des Reichskanzlerministers Dr. Wirth bildete für die bezüglichen Auseinandersetzungen die Basis. Es war ein erstes Kapitel, das der Reichskanzlermeister vor den Volksboten aufschlagen wollte. Unter den Milliarden Kosten senften unser Volk und unsere Volksversammlung. Dabei mochten die Kosten ins Ungemessen und noch wissen wir nichts über Spaz. Dr. Wirth betrachtete als die Ursache der heutigen Finanzkrise die Tatsache, daß schon in der ersten Zeit des Krieges die Ausgaben nicht zu den Einnahmen in das richtige Verhältnis gebracht worden sind. 1918 höchstensweise betrugen die Gehaltsausgaben des Staates rechnungsmäßig 44 Milliarden Mark, in Wirklichkeit aber betragt offenbar die Schuldenforderung im selben Jahre 51 Milliarden Mark. Im Jahre 1919 zeigte dann der Staat rechnungsmäßig die ungeheure Summe von 74.5 Milliarden Mark. Diese Kosten, so meint Wirth, müßten sich die Kritiker an der Finanzpolitik und der alten Koalition an die Wand holen, denn sie würden ihr eigenes Bild darin sehen. Was ich jetzt in einer durch die Reichstagsabgeordneten progreßiven Steigerung zeigen, ist im Grunde nur die Schlussfolgerung alter gemacht Fehler. Die Kosten, die dann Dr. Wirth über unsere heutige Finanz- und Wirtschaftslage dem gespannt lauschenden Hause vorführte, waren geeignet, geradezu erschütternd zu wirken. Noch heute kann man auch nicht annehmen sagen, was uns der Krieg gekostet hat. Viele Milliarden

Freitag den 2. Juli 1920

Der Vertretertag der katholischen Organisationen,

der nach dem Beschluss des Central-Komitees für den 14. und 15. September nach Würzburg einberufen ist, wird laut Mitteilung des Central-Komitees auf viertel Anfragen hin gedacht als eine Plenumssitzung der Central-Vorstände der katholischen Verbände. Es ist also nicht so zu verstehen, als würden aus allen größeren Ortsvereinen Vertreter nach Würzburg zu entsenden sein. Vielmehr können mit Rücksicht auf die beschränkten Wohnungs- und Verpflegungs-Gehältnisse im wesentlichen nur die Vorstände der jeweiligen Central-Verbände eingeladen werden. Diese werden dann heimlich die Aufgabe haben, die in Würzburg gemachten Erfahrungen, empfangene Anregungen und geistige Geschäftslinie wieder von den Central-Vorständen aus in die Ortsvereine weiterzugeben. Das gleiche gilt bezüglich des Vorstandes der Einzel-Katholikentage. Diese sind nach Diözesen organisiert, und es werden in Würzburg zunächst die von den höchstmöglichen Plänen des Central-Komitees benannten Vorsitzenden für die Einzel-Katholikentage in den einzelnen Diözesen zur Beratung zusammenkommen. Von ihnen werden dann die Würzburger Beschlüsse in die einzelnen Diözesen und Landesteile weitergeleitet. Die Würzburger Tagung der Vertreter der katholischen Organisationen wird somit in ähnlicher Weise gestaltet werden, wie sie im Juli 1916 vom Central-Komitee nach Frankfurt einberufenen Abstimmungstag der Vertreter aller katholischen Verbände sich zusammenfegte.

Wie sie ihn hassen

Dieser Tage wurde geweckt, daß der französische Reichsminister Rosse zum Oberpräsidenten von Hannover ernannt worden sei. Diese Nachricht brachte die Unabhängigen und ihre Freunde in schwere Angst. Wie sie diesen Mann hassen, mag aus folgenden Ausführungen des Berliner Organs der Unabhängigen, der Freiheit hervorgehen, die über die oben erwähnte Nachricht schreibt: „Die Regierung fliegt unglaublich, ist aber wahr. Man hat es wirklich gewagt, diesen Menschen, von dem man annahmen mußte, daß er königlich bedient, irgendwo in der Bevölkerung verschwunden sei, auf einen hohen Verwaltungsposten zu stellen! Diese Ernennung ist eine sekte Herausforderung. Denn Rosse ist nicht etwa ein Mann, der bloß eine verschleierte Politik getrieben hat, der Mensch ist als Person widerwärtig und eine Provokation für jeden, der reinkämpft und anständig empfindet. Er hat nicht nur sein Schergenhandwerk mit höllischen und rohen Nieden begleitet; der Mann ist vor allem doch so unflätig dumm gewesen, ist so vollschädelig. Weise den Militärs herumgefallen, daß es eine blonde Unmöglichkeit sein müßte, diesen Menschen noch zu einem hohen Staatsamt zu berufen. Wenn ein Rosse in einem Oberpräsidium taucht, so wer taugt denn nicht dann viel besser dazu? Den Flügeln, befähigter und anständiger sind Millionen und Millionen in Deutschland.“

Pacelli

Berlin, 1. Juli. Der apostolische Nuntius Montignore Pacelli gab zu Ehren des Reichspräsidenten ein Essen, an dem u. a. erschienen waren der Reichskanzler Neurath, der Minister des Auswärtigen Dr. Simon, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Haniel, der preußische Kultusminister Hanisch, die Gesandten von Holland, der Schweiz und Argentinien, der spanische Gesandte, ehemaliger Ministerialdirektor v. Simon, Sek. Delegationrat v. Gülich, Delegationrat Graf C. G., Delegationrat Walther und Professor Delbrück.

Zur Konferenz von Brüssel

Paris, 1. Juli. Die Brüsseler Konferenz wird am 2. Juli morgens beginnen und im Marmorsaal des Akademiepalastes tagen. Sie wird nur die grundlegendste Frage behandeln, nach welchem Maßstabe die von Deutschland zu zahlende Entschädigung unter die Alliierten verteilt werden soll. Die Finanzverbündeten sind mit ihrem Bericht fertig. Nach der Aussprache der Konferenz über diesen Bericht wird die Entscheidung getroffen werden. Bis jetzt haben 18 Staaten, und zwar Chile, Argentinien, Belgien, Brasilien, Canada, Dänemark, England, Griechenland, Guatemala, Italien, Japan, Polen, Portugal, Rumänien, Spanien und Schweden, dem Völkerbund mitgeteilt, daß sie an der Friedenskonferenz in Brüssel am 23. Juli teilnehmen werden. Der Völkerbundrat ist der Ansicht, daß erst die Ergebnisse der Konferenz in Spa abgewartet und dem Völkerbundrat mitgeteilt werden müssen, damit die Brüsseler Konferenz mit gutem Erfolg über die verschiedenen Fragen, wie die Ausgabe einer internationalen Auleihe, die Reorganisation des Völkerbundeslagers und über die Lösung der Frage des Wechselkurses, beraten können.

Spaa

(Eigener Berichterstattung der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 2. Juli. Der Reichstagsausschuss für auswärtige Angelegenheiten trat am Donnerstag abend zu einer Sitzung zusammen. Der Minister des Auswärtigen erstattete eingehenden Bericht über die

Vorbereitung der Konferenz in Spaa. Darauf empfahl sich der Ausschuss, ohne in eine Befreiung einzutreten.

Paris, 1. Juli. „Echo de Paris“ gibt der Ansicht Ausdruck, daß das Programm für die Konferenz von Spaa sich erweitert habe. Lloyd George habe die Generale in Berlin und Ostpreußen berufen. Es muß daraus geschlossen werden, daß nicht nur die Entschädigungen Deutschlands, sondern auch das Schicksal der Gebiete, in denen eine Volksabstimmung stattfinden soll, sowie auch das Schicksal gewisser von Deutschland abgetrennter Gebiete, zum Beispiel Danzig, in die Debatte hineingezogen werden sollen.

Berlin, 1. Juli. Die deutschen Regierung vertreter, die sich am Sonnabend abend unter Führung des Reichskanzlers Neurath nach Spaa begeben, werden zunächst festzuhalten haben, ob dort mit den deutschen Vertretern auf paritätischer Grundlage verhandelt werden soll oder nicht. Wenn dies nicht der Fall ist, werden sie sofort nach Berlin zurückkehren. Der Reichskanzler hat, wie versichert wird, nicht die geringste Neigung, sich als Vertreter für ihn überreichte seitige Noten der Entente gebrauchen zu lassen. Er dient nicht daran, etwa Dienstleistungen zu leisten. Sollte die Entente aber bereit sein, in Spaa mit den deutschen Regierungsvertretern auf gleicher Höhe zu verhandeln, so werden hervortretende deutsche Sachverständige vornehmlich die Unterzeichner der anderweitig erwähnten Deutschen nach Spaa zur Information der deutschen Regierungsvertreter hinzugezogen werden. Nach den vorläufigen Beobachtungen wird das Deutsche Reich in Spaa durch Reichskanzler Neurath und den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simon, vermutlich ferner durch Reichsfinanzminister Dr. Wirth, Reichswirtschaftsminister Dr. Schatz und Reichsverwaltungsminister Dr. Hermann vertreten sein. Insgesamt werden 20 bis 30 höhere Beamte und das dazu erforderliche Büro- und Schreibpersonal nach Spaa ziehen. Die genaue Liste aller Teilnehmer dürfte morgen bekanntgegeben werden.

Berlin, 1. Juli. Die Friedensabordnung in Paris hat heute

die Friedenskonferenz zwei amtliche Delegationsmitglieder Deutschlands für die Wiederentzweiung, die zweite legt im einzelnen dar, wie weit schon heute Deutschland seine Steuerquellen angespannt habe. In einer Begleitnote wird darauf hingewiesen, daß Deutschland heute wesentlich weniger wirtschaftliche Hilfsquellen zur Verfügung steht als vor dem Kriege. Die Durchführung der vorgenommenen Maßnahmen soll Gegenstand mündlicher Befreiungen in Spaa sein. Gleichzeitig wurde ein von 22 hervortretenden, im wirtschaftlichen Leben stehenden Männer unterzeichnetes Gutachten über die wirtschaftliche Gesamtlage in Deutschland, seine Befreiungsfähigkeit und die Möglichkeiten der Erholung übergeben.

Paris, 1. Juli. Der Finanzausschuss der Kammer hat eine Entschließung angenommen durch die eine Schallsumme der Entschädigungen für die Wiederentzweiung und Wiederherstellung an Bewohner des ehemaligen Kampfzone auf 12 Milliarden Frank festgelegt wird.

Der Aufstieg

Amsterdam, 1. Juli. „Daily News“ schreibt: Die Hauptaufgabe in Brüssel wird die Aufstellung einer Tagesordnung für Spaa sein, deren drei Hauptpunkte die Entschädigung, die Entwaffnung und die Schiffstrafzeile bilden. Was die Entschädigung angeht, so hängt alles davon ab, ob Deutschland die Einladung, eigene Vorschläge mitzubringen, ernst nimmt. Wenn Deutschland den Alliierten die ganze Lage freimütig darlegt und ich gleichzeitig verpflichtet, alles zu tun, was man von vernünftigen Menschen verlangen kann so wird es drei Männer finden, die von demselben Menschen bestellt und bereit sind, in gemeinsamer Arbeit einen Plan aufzustellen, durch den Ordnung in das europäische Chaos kommt. Was von der Entschädigung gilt, das gilt auch von der Schiffstrafe und der Entwaffnung. Für beide Fragen wird es in Spaa geeignete Sachverständige geben, und Deutschland sollte es sein, einwandfreie Darlegungen zu machen. Alles steht darauf an, daß die Konferenz in Spaa, zu der auch Polen, Rumänien, Portugal, die Tschechoslowakei und Südtirol eingeladen sind, im Falle des Erfolges die wichtigste internationale Zusammenkunft seit dem Weltkrieg wird. Eine sofortige Einigung über die einzelnen Fragen ist kaum zu erwarten und nur für die Hauptfragen ist eine solche zu erwarten. Die Einzelfragen können dann später von einer Konferenz von Sachverständigen in gemeinsamer Arbeit geregelt werden. Das ist nötig, um den Weg für eine Fortsetzung über die internationale Ausehrung auf der Finanzkonferenz des Völkerbundes in Brüssel am 23. Juli freizumachen.

Amsterdam, 1. Juli. Lord George hat sich in Begleitung von Lord Curzon nach Brüssel begeben.

Brüssel, 1. Juli. Die Zeitung „Demain“ erklärt, daß neben der Hauptfrage der Vertretung der deutschen Entschädigungsumme wird Lord George mit Unterstützung der Wallonen-Délegationen von neuem die Wiederannahme der Handelsbeziehungen mit England auf der Konferenz von Brüssel zur Erörterung bringen werde.

Der französische Postchaser

Berlin, 1. Juli. Der Reichspräsident hat heute den neuen ernannten französischen Postchaser Laurent zur Entgegnahme seines Verlaubigungsschreibens empfangen. Bei der Neben-

reichung hielt der Postchaser eine Ansprache, in der er u. a. sagte: „Vorlagen, die amtlichen Beziehungen unserer beiden Länder in vollem Umfang wiederherzustellen, werde ich bewilligt sein, beizutragen zu einem fruchtbringenden gemeinsamen Zusammenwirken zwangs Heilung der Wunden des Krieges und schweren wirtschaftlichen Wiederaufbaus von Europa in ehrlicher Ausführung des Friedensvertrages, der darauf die gemeinsame Würde aller ihn betreffenden Mächte sein wird. Der Reichspräsident erwiderte u. a. mit folgenden Worten: „Wir Friedensvertrag entnehmen ich Ihnen Worten, daß es Ihre erste Wille ist, daran mitzuarbeiten, die Wunden, die der Krieg unserer beiden Länder geschlagen hat, zu heilen und durch Ausführung des Friedensvertrages durch eine gemeinsame fruchtbare Arbeit das wirtschaftliche Leben Europas wieder in Gang zu bringen. Von dem gleichen Streben bin ich mit der deutschen Regierung erfüllt.“

Lloyd George zum deutschen Zusammenbruch

London, 30. Juni. Lloyd George hielt dieser Tage eine Rede, in der er u. a. auch die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs deutlich darstellte. Der Ministerpräsident legte darüber: Am Ende gab es in Deutschland eine geradezu vollkommen Maschine. Warum verlor sie sie? Seien Sie die klüger, die die großen Fehler Deutschlands geschrieben haben. „In der Maschine ist kein Fehler. Der Fehler war der, daß kein Geist im Volle war. Was hatten wir in England? Keine Maschine. Die Maschine mußte mittler in den stilistischen Zeiten aus dem Boden gekämpft werden. Nichts war da, kein Geist, keine Anerkennung, aber ein großer vaterländischer und erhabender Geist war mit einem Schlag zu spüren. Was bewirkte er? Es gab Klasseunterschiede, Rasseunterschiede, Sektenunterschiede. Wir hatten Rassekonflikte, religiöse Konflikte, politische Konflikte. Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit. Alle diese schwanden mit einem Male davon. Warum? Weil der große Geist, nur einen Zweck kannte, das ganze Land durchwehte.“

Kamerun

Paris, 1. Juli. In der Finanzkammer erklärte der französische Kolonialminister Sarran auf eine Anfrage, daß die Regierung das Mandat über Kamerun in eine Annexion zu verwenden gedenkt.

Paris, 1. Juli. In der Kammer sprach der Abgeordnete Baffont über die den Verbündeten abgetretenen deutschen Kolonien und beklagte, daß in dieser Frage noch keine endgültige Regelung erfolgt sei. Wegen der deutschen Kolonien Lago und Kamerun, die an Frankreich lägen, sei es notwendig, daß die Regierung in Spaa die französische Frankreich zur Geltung bringe. Wir haben ihr den Frieden gestimmt und halten die Kamerun wegen der Kolonien für genügend, verlangen aber von der Regierung, daß diese Bestimmungen durchgeführt werden.

Belgische Projekte

Brüssel, 29. Juni. Vingtaine Sidèle stellt mit, daß einige Abgeordnete einen Gesetzentwurf eingereicht hätten, um die Fremden, die in Belgien Aufenthalt nehmen, mit einer Sondersteuer zu beladen. Der Haushalt soll 500 Francs im Jahr beziehen, jedes weitere Familienmitglied 100 Francs. Das Blatt meint, man solle diese Steuern nur auf die Deutschen anwenden, das würde eine gute Wirkung ausüben, denn für sie ist ja das Geld die Haupthecke. Ein Leser des Blattes schreibt sogar von doppelter Steuer, davon will aber das Blatt nichts wissen, obwohl der Friedensvertrag von Versailles das nicht verbietet.

Fortsetzung des Bogholtis gegen Ungarn

Wien, 1. Juli. Der Arbeitserziehung gegenüber äußerte der Sozialist Himmer, daß das Ergebnis des österreichischen Verhandlungen mit den Vertretern des internationalen Gewerkschaftsbundes und der ungarischen Regierung nicht befriedigend gewesen ist. In der heutigen Sitzung der Vertreter des internationalen Gewerkschaftsbundes liegen die nötigen Maßnahmen für eine mögliche Verschaltung des Bogholtis erarbeitet worden. Auf die Frage des Sozialisten des Bogholtis erklärte Himmer, seine bestimte Antwort geben zu können. Aber es besteht der Grund zu der Hoffnung, daß die neue Regierung Ungarns den Fortbewegungen des Gewerkschaftsbundes Rechnung tragen werde.

Kämpfe auf dem Amselheld

Rom, 1. Jul. Aus Podgoricawidow meldet, daß zurzeit in der Gegend von Ruffano auf dem historischen Amselheld schwere Kämpfe zwischen Monteureinern und Serben im Gang seien. Diese sind gestern nach einer gewissen Zeit erloschen worden. Der deutschen Bevölkerung hat sich der Vorfahrt von einer führenden polnischen Partei von Seiten der Serben gewidmet.

Neue Gewaltstaten der Polen

Danzig, 1. Juli. Die „Danz. Presse Nachr.“ melden: Gleichzeitig zufolge soll Dr. Wagner in Polen schon vor längerer Zeit erschossen worden sein. Der deutschen Bevölkerung hat sich eine große Erregung bemächtigt.

Berlin, 1. Juli. Die Deutsche Luftstreitkraft hatte in Auftrag der deutschen Abstimmungsorganisation geplant, einen Teil der ost- und westpreußischen Abstimmungsbergschaften durch Fliegerzüge in die Helmat zu bringen. Man rechnete auf diesen Versetzungsweg, weil man von vornherein eine Sabotage der Eisenbahnen durch die Polen und jede nur irgend mögliche Behinderung und Er schwerung des Transportes befürchtet hatte. Die deutschen Rechnungen tragen werde.

Kämpfe auf dem Amselheld

Rom, 1. Jul. Aus Podgoricawidow meldet, daß zurzeit in der Gegend von Ruffano auf dem historischen Amselheld schwere Kämpfe zwischen Monteureinern und Serben im Gang seien. Diese sind gestern nach einer gewissen Zeit erloschen worden. Der deutschen Bevölkerung hat sich der Vorfahrt von einer führenden polnischen Partei von Seiten der Serben gewidmet.

Neue Gewaltstaten der Polen

Danzig, 1. Juli. Die „Danz. Presse Nachr.“ melden: Gleichzeitig zufolge soll Dr. Wagner in Polen schon vor längerer Zeit erschossen worden sein. Der deutschen Bevölkerung hat sich eine große Erregung bemächtigt.

Berlin, 1. Juli. Die Deutsche Luftstreitkraft hatte in Auftrag der deutschen Abstimmungsorganisation geplant, einen Teil der ost- und westpreußischen Abstimmungsbergschaften durch Fliegerzüge in die Helmat zu bringen. Man rechnete auf diesen Versetzungsweg, weil man von vornherein eine Sabotage der Eisenbahnen durch die Polen und jede nur irgend mögliche Behinderung und Er schwerung des Transportes befürchtet hatte. Die deutschen Rechnungen tragen werde.

Kämpfe auf dem Amselheld

Rom, 1. Jul. Aus Podgoricawidow meldet, daß zurzeit in der Gegend von Ruffano auf dem historischen Amselheld schwere Kämpfe zwischen Monteureinern und Serben im Gang seien. Diese sind gestern nach einer gewissen Zeit erloschen worden. Der deutschen Bevölkerung hat sich der Vorfahrt von einer führenden polnischen Partei von Seiten der Serben gewidmet.

Neue Gewaltstaten der Polen

Danzig, 1. Juli. Die „Danz. Presse Nachr.“ melden: Gleichzeitig zufolge soll Dr. Wagner in Polen schon vor längerer Zeit erschossen worden sein. Der deutschen Bevölkerung hat sich der Vorfahrt von einer führenden polnischen Partei von Seiten der Serben gewidmet.

Kämpfe auf dem Amselheld

Rom, 1. Jul. Aus Podgoricawidow meldet, daß zurzeit in der Gegend von Ruffano auf dem historischen Amselheld schwere Kämpfe zwischen Monteureinern und Serben im Gang seien. Diese sind gestern nach einer gewissen Zeit erloschen worden. Der deutschen Bevölkerung hat sich der Vorfahrt von einer führenden polnischen Partei von Seiten der Serben gewidmet.

Neue Gewaltstaten der Polen

Danzig, 1. Juli. Die „Danz. Presse Nachr.“ melden: Gleichzeitig zufolge soll Dr. Wagner in Polen schon vor längerer Zeit erschossen worden sein. Der deutschen Bevölkerung hat sich der Vorfahrt von einer führenden polnischen Partei von Seiten der Serben gewidmet.

Kämpfe auf dem Amselheld

Rom, 1. Jul. Aus Podgoricawidow meldet, daß zurzeit in der Gegend von Ruffano auf dem historischen Amselheld schwere Kämpfe zwischen Monteureinern und Serben im Gang seien. Diese sind gestern nach einer gewissen Zeit erloschen worden. Der deutschen Bevölkerung hat sich der Vorfahrt von einer führenden polnischen Partei von Seiten der Serben gewidmet.

Neue Gewaltstaten der Polen

Danzig, 1. Juli. Die „Danz. Presse Nachr.“ melden: Gleichzeitig zufolge soll Dr. Wagner in Polen schon vor längerer Zeit erschossen worden sein. Der deutschen Bevölkerung hat sich der Vorfahrt von einer führenden polnischen Partei von Seiten der Serben gewidmet.

Kämpfe auf dem Amselheld

Rom, 1. Jul. Aus Podgoricawidow meldet, daß zurzeit in der Gegend von Ruffano auf dem historischen Amselheld schwere Kämpfe zwischen Monteureinern und Serben im Gang seien. Diese sind gestern nach einer gewissen Zeit erloschen worden. Der deutschen Bevölkerung hat sich der Vorfahrt von einer führenden polnischen Partei von Seiten der Serben gewidmet.

Neue Gewaltstaten der Polen

Danzig, 1. Juli. Die „Danz. Presse Nachr.“ melden: Gleichzeitig zufolge soll Dr. Wagner in Polen schon vor längerer Zeit erschossen worden sein. Der deutschen Bevölkerung hat sich der Vorfahrt von einer führenden polnischen Partei von Seiten der Serben gewidmet.

Kämpfe auf dem Amselheld

Rom, 1. Jul. Aus Podgoricawidow meldet, daß zurzeit in der Gegend von Ruffano auf dem historischen Amselheld schwere Kämpfe zwischen Monteureinern und Serben im Gang seien. Diese sind gestern nach einer gewissen Zeit erloschen worden. Der deutschen Bevölkerung hat sich der Vorfahrt von einer führenden polnischen Partei von Seiten der Serben gewidmet.

Neue Gewaltstaten der Polen

Danzig, 1. Juli. Die „Danz. Presse Nachr.“ melden: Gleichzeitig zufolge soll Dr. Wagner in Polen schon vor längerer Zeit erschossen worden sein. Der deutschen Bevölkerung hat sich der Vorfahrt von einer führenden polnischen Partei von Seiten der Serben gewidmet.

Kämpfe auf dem Amselheld</

er er u. a. sagte: „In Bezug auf dem vollen Einsatz der Wehrmacht zu einem zweiten Heilung und Verhandlungen bestimmt, der enden möchte sein folgenden Worten: „Ich schreibe es Ihr einstige der Sieg weiter durch Ausführung einer solchen Arbeit das zu bringen. Von Regierung erfüllt, menbreche“

an dieser Tage eine dichten Zusammenarbeit: „Die Kriegsministerin, die große Maschinerie, die großen Güterhersteller ist sehr im Volk“ war. Die Maschinerie in Böden gestampft geklungen, aber ein ist war mit einem Massenunterschied, allen Maschinen, zwischen Kapital und Böden. Warum?“ das ganz Land

Während der französische das die Regierung von zu vertreten

sch der Abgeordnete den deutschen Städten noch keine endgültige Kolonien Logo und ist es notwendig, das zur Weltung bringt, halten die Altonaer von der Regierung,

ele stellt mit, das nicht hätten, um die mit einer Sonder- 20 Francs im Jahr 20 Francs. Das Blatt entschließen anwenden, für sie ist ja das s spricht, sogar von nichts wissen, obwohl verbriebe.

in Ungarn

g gegenüber, du hast geistiger Verbund Gewerkschaftsbundes abgängen gewesen. Internationalen Gewerkschaften eine mögliche Ver-

Auf die Frage der

zu Antwort geben

er Hoffnung, dass die

Gewerkschaftsbundes

else

det, dass zurzeit in der

elfelde schweren Kämpfe

seien.

Nach“ melden: Ge-

schon vor längster

Besätzung hat sich

treiberei hatte in

ein geplant, eines Zoll-

zolligen durch Flug-

poste auf diesen Posten

zuliegen der Einheits-

mögliche Behörde

hatte. Die deutsche

so viel Kraft haben,

manch doch mich

über dem armen

und dem reichen

und nicht mehr

vergnübt. — Ich

redet, Sibyl,

geschnitten.

und wieder da

Zoll bin ich

Jahre nach

ide die zu

sein. — Ich

will ihm eine

nach Folge

Schmiede

ihres Poloni-

in Berlin und da-

in allen 2

soll in eigene

mit ihren 17

paar Monate darin

Das Wohl von

arme Eltern

Theres in Erinnerung

Brennades oder so

vergessen, weil sie

noch eine Tasse Tee mit

sich, wenn er doch

Neine Frau nicht

genugt auch nach deutscher

(Fortschung folgt)

Mugenzie sollen im Januar etwa 8000 Deutsche nach dem Rückmarsch und zurück kehren. Sie waren zu diesem Zweck ausdrücklich durch die interalliierten Kommissionen ausgetauscht und mit besonderen Kennzeichen versehen. Seit gestern beschließen nun die Polen systematisch alle über den Korridor liegenden deutschen Flugzeuge der Luftstreitkräfte mit Infanterie und Maschinengewehrtruppen von den verschiedenen Stellen aus, teilweise unter Beweisnahme von Brandmunition. Ein deutsches Flugzeug wurde in die Steuerung getroffen und brannte neu. In diesem Falle gelang es dem Flieger noch, deutliches Gebiet zu erreichen, nachdem der Brand durch den Flugwind verstärkt war. Von den Anfangen wurde niemand verletzt. Ein weiteres Flugzeug, auf der Rückfahrt von Weißrussen nach Stolp, wurde dann durch Brandmunition in den Benzintank getroffen, ging völlig in Flammen auf und stürzte unter.

Der Flieger schwand, der allein an Bord war, nachdem er seine Passagiere bereits abgesetzt hatte. Es ist, der im Dienste des Vaterlandes gefallene Pilot ist der Sohn aus der Vorlehrzeit des bekannten Flugzeugführers, dessen Tod an sich schon einen schweren Verlust für die deutsche Fliegerei bedeutet. Wie im Frieden, so hatte er sich auch im Kriege hervorragende Verdienste um das Flugzeug erwiesen. Nach diesem Vorfall wird nun wahrscheinlich auch der geplante Luftverkehr nach Ost und Westpreußen eingeschränkt werden müssen. — Wie aus Konig berichtet wird, halten die Polen seit gestern systematisch die Abstimmungswähler an und verbieten die Anwesen auf ihre Abstimmungswählerstellen. Alle Reisenden, deren Abstimmungswähler nicht den Stempel der östlichen Abstimmungskommission in Ost- und Westpreußen tragen, werden angehalten und zurückgewiesen. Nun ist aber ein großer, wenn nicht der größte Teil der Abstimmungswählerstellen tatsächlich ungestempelt. Die Abstimmung war Sach der ost- und westpreußischen Abstimmungskommission, die variabel zusammengelegt ist und deren Wähler daher zur Hälfte Polen sind. Auf deutscher Seite ist man überzeugt, dass die Abstimmung absichtlich unterlassen worden ist, um dauernd einen Vorwand für die Verhinderung der Abstimmung zu haben und damit die Abstimmung zu sabotieren. Die unterbliebene Abstimmung ist jetzt nicht einmal mehr nachzuholen, da die Aussicht jetzt seit wenigen Tagen einzutreten beginnen und selbst bis heute nicht ausnahmslos vollständig im Besitz der Abstimmungsberechtigten und der deutschen Organisationen sind. Die Organisationen haben sofort die Reichsregierung in Kenntnis gesetzt und sie aufgefordert, mit allen nur erdenklichen Mitteln einzuschreiten und zu helfen.

Königsberg, 1. Juli. Zu einem regelrechten Gefecht zwischen Polen und Deutschen kam es, wie erst jetzt bekannt wird, am Abend des 26. Juni an der Eisenbahnbrücke Dirschau. Eine größere Anzahl deutscher Fußsoldaten wollte sich mit ihrem Hab und Gut der polnischen Herrschaft entziehen und suchte die Eisenbahnbrücke in Dirschau zu passieren und den Weg nach Marienburg einzuschlagen. Bei den Brücken wurden sie von der 50 Mann starken polnischen Wache angehalten. Es kam zu einer größeren Schieferie auf beiden Seiten. Schließlich mussten die Deutschen wieder unterziehen.

Marienwerder, 1. Juli. Obwohl die Fälle Wagner und Holtus noch nicht geklärt sind, liegt schon wieder eine widerrechtliche Verhaftung im polnischen Korridor vor. Am Sonnabend wurde Fräulein Charlotte Borras, die im Danziger Seidenhandel beschäftigt ist, in Neustadt angehalten und aus dem Zug geholt, obwohl ihre Papiere vollkommen in Ordnung waren. Erst nach vier Stunden kam auf Antrag der Neustädter Bahnhofsdienststelle von Graudenz die Antwort, man könne die Dame freilassen. Gestern wurden 40 Abstimmungsberechtigte in Dirschau angehalten und an der Weiterfahrt nach Westpreußen verhindert. Stattdessen wurden sie mit Freifahrtschein nach Danzig versehen, wo sie in den Heimatdienst eintreten sollen. Auch lassen die Polen bei der Befreiung Wahlscheine, um auf diese Weise eine geregelte Durchführung der Abstimmung zu fördern.

Vor der Abstimmung im Osten

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Allenstein, 2. Juli. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben die Polen in Konig aus einem der ersten Tage Abstimmung überwältig mit etwa 720 Personen nicht weniger als 650 heranholen und festsetzen. Gründe für die Räumnahme wurden nicht angegeben. Die interalliierte Kommission in Allenstein hat sich den Vorfall bereits angenommen. Wie der „Volksamtschef“ von einer führenden Persönlichkeit im Auswärtigen Amt erfahren hat, sind gestern nach Entfernen der Nachrichten über die neuesten polnischen Willkürakte sofort diplomatische Schritte von Seiten der deutschen Regierung unternommen worden. Unsere Vertreter in Warschau und Paris sind sofort telegraphisch beauftragt worden, dort im Namen der deutschen Regierung zu protestieren. Gleichzeitig hat sich das Auswärtige Amt an die interalliierte Kommission gewandt. Von dieser ist nahezu ungehindert der Besuch beim Auswärtigen Amt in Berlin eingetreten, die Kommission holte gestern abend alles in Ordnung bringen zu können, so dass die Transporte der Abstimmungsberechtigten im Laufe des heutigen Tages fortgehen werden können. Die Kommission hat auch mitgeteilt, dass sie unverzüglich ein Mitglied an die betreffenden Stellen, an denen der Weitertransport verhindert wurde, senden werde. Das Auswärtige Amt rechnet damit, dass nunmehr der Abstimmungsberechtigte bis zum letzten Abstimmungsberechtigten ohne Rücksicht sich vollziehen werde. Beim Auswärtigen Amt traf gestern auch die Nachricht ein, dass Dr. von Holtum inzwischen von den Polen freigelassen worden sei.

Berlin, 1. Juli. Zu den bissigen Markhallen wurden einige

Stände demontiert und Obst auf der Straße getreten. Die Sicherheitspolizei stellte die Ordnung wieder her.

Worms, 1. Juli. Gestern nachmittags und abends fanden hier Streichabendungen gegen die Lebensmittelsteuerung statt. Einige hundert Arbeiter mit roten Fahnen versammelten sich auf dem Marktplatz und marschierten vor das Gewerkschaftshaus, wo Ausfahrtstüren standen. Sämtliche Läden und Geschäfte waren geschlossen. Den Gewerkschaftshaus begaben sich die Demonstranten zu Handelsräumen, wo der Geschäftsviertel ein befehltes Ultimatum überstülpt wurde. In den Abendstunden strömte wieder eine Menge nach der Metropole. Schlag-Schaukisten ein und plünderten die Auslagen. Es ist mehrfach zu Schlägereien und wütenden Szenen gekommen, so dass die Polizei diesmal mit der blauen Waffe vorgehen musste. Der Schaden dürfte etwa bis drei Millionen betragen. Um Mitternacht gingen französische Patrouillen ein und blieben bis zum Morgen in Wiesbaden. Die Läden blieben auch heute noch geschlossen.

Würzburg, 1. Juli. Nach den schweren Ausschreitungen des gestrigen Tages ist die Ruhe heute wieder hergestellt. Das ist besonders der Einwohnergemeinde zu danken, die mit Polizisten und Schülern auf die Karnevalsschützen marschierte. Hierbei wurden viele Würzburger erfasst. Unter den Erfassten befindet sich auch der Hauptredakteur, der als ein Hamburger festgestellt werden muss. Er hatte momentan keine Pläne einen Kriminalbeamten durch Kritik in den Zeitungen verletzt. Die Zahl der Totenkopfverbände beläuft sich am Ende auf über 1000.

Eine internationale Kommission zum Schutz gewerblichen Eigentums

Bern, 1. Juli. Große wurden im Bundeshaus unter dem Dach des Bundespräsidenten Württemberg durch die Befreiungskräfte neu. Verhandlungen die Internationale Union zum Schutz des gewerblichen Eigentums, nämlich Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Polen, Portugal, Schweden, Estland, Tschechoslowakei und Tunis, ein Abkommen unterzeichnet, das die Wahrung und Wiederherstellung der durch den Krieg in Mittelostasien gesetzten Rechte (Patente, Muster-, Marken-Rechte) zum Zwecke hat.

Die Lockerung der Zwangswirtschaft

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 2. Juli. Der Reichsernährungsminister Dr. Hermann hat in einer Unterredung über die Lockerung der Zwangswirtschaft mitgeteilt, dass die Bewirtschaftung von Brot, Getreide und Milch unter allen Umständen aufrecht erhalten wird, dagegen die Fleisch-, Kartoffel- und Fettbewirtschaftung abgebaut werden, um das Preisniveau der Lebensmittel zu senken. Von den früheren Kriegsgesellschaften sollen nur die Reichsgesetz- und Fleischställe beibehalten werden, während die anderen abgebaut werden sollen, sobald dies die Verwertung der vorhandenen Bestände gestattet. In der Wirtschaft will der Minister vorläufig nicht von

Heilbronn und Berlin sprechen

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 2. Juli. Die politische Aussprache über die Regierungserklärung im Reichstag wird am heutigen Freitag beendet werden. Sie wird voraussichtlich die ganze heutige Sitzung ausfüllen. Es werden noch sprechen Dr. Helfferich (Deutschland), Dr. Becker-Hessen (Deutsche Volsp.) und die Kommunistin Clara Zetkin.

Zusammentritt der Ministerpräsidenten

München, 1. Juli. Der bayrische Ministerpräsident begibt sich heute nach Berlin zur Sitzung des Reichskanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder und den Bürgermeistern der freien Städte.

Italienische Eindrücke in Danzig

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Bom, 2. Juli. Der Berliner Vertreter des „Reichs“ Alfred Bacisch schildert einen Besuch in Danzig und sagt, Danzig mag weniger den Eindruck einer freien Stadt, als den einer englischen Kolonie. Uebrigens scheine es, dass die Engländer den deutschen Militärs übernommen haben, denn die englischen Soldaten marschierten mit preußischem Paradeschritt ein. Sehr erstaunt ist der Correspondent über die in Danzig befindlichen polnischen Offiziere in Operettenuniform. Was haben sie in Danzig zu suchen, so fragt er, niemand weiß es.

Katholiken Sachsens!

Unterstützt die Glaubensgenossen in Plauen i. V. auch materiell in ihrem

Kampf um die katholische Schule

Spenden bitten wir entweder an das katholische Pfarramt in Plauen i. V., Gustav-Adolf-Str., direkt, oder an die Geschäftsstelle der „Sächsischen Volkszeitung“, Dresden-A. 16, Holbeinstr. 46, zu senden

Deutschland und Dänemark

Paris, 1. Juli. Die Postchauffeuren konzentriert den Vertrag zwischen den Verbandsräten und Dänemark über die erste Zone in Schleswig genehmigt.

Schleswig, 1. Juli. Am 2. d. M. trifft der Grenzkommissar für Schleswig Oberst Graf Schwerin als stimmberechtigtes Mitglied des internationalen Grenzregelungsausschusses für Schleswig mit dem Hauptmann im Generalstab Schmid und Kapitänsleutnant v. Nordoe im Verhandlungsraum gemäß Artikel 111 des Friedensvertrages in Kopenhagen ein. Der übrige Teil der Grenzkommission fiedelt am 2. Juli von Schleswig nach Flensburg über. In Kopenhagen treffen weiter die Entsendeten für die internationale Kommission ein, die die endgültige Grenze zwischen Dänemark und Deutschland ziehen.

Anträge zwecks Aushebung des Steuerbezuges

Berlin, 1. Juli. Der Reichstag beschloss, bei dringende Anträge, die überwältig die vorläufige Aushebung des Steuerbezuges von 10 v. h. vom Lohn fordern, gemäß dem Beschluss des Abstimmungsausschusses an einen 28-gliedrigen Ausschuss zu verweisen, der seine Beratung unverzüglich annehmen und vielleicht übermorgen bereit berichten wird.

Keine Nachrichten

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 2. Juli. Die Unabhängigen haben im Reichstag zwei Anträge gestellt, in denen sie die Aufhebung der Lohnstrafe und die Schaffung eines einheitlichen Rechtes für die Hausangestellten verlangen. Die Deutschen nationalen fordern in einem Antrage die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung für Inlandstaxen.

Berlin, 2. Juli. Der in Berlin anwesende Rantius Wigr. Vacelli wohnte am Mittwoch den Verhandlungen des Reichstags in der Diplomatengasse bei. In seiner Begleitung befand sich der Abgeordnete Raas.

Eine Abordnung der italienischen Popolari ist dieser Tage in Berlin eingetroffen und hat im Reichstag mit Politikern, Parlamentären und Publizisten aus der Zentrum- und Katholiken-Führung gesprochen. Die Popolari sind die Abgeordneten der italienischen christlichen Volkspartei. In allen wesentlichen Grundfragen, namentlich in Kirchen- und Schulangelegenheiten, stimmen sie in der Hauptstadt mit den Söhnen des deutschen Zentrumspartei überein. Die Abordnung wurde geführt von dem Abgeordneten Cavazzoni. Die Herren nahmen Gelegenheit, sich über die politische Bedeutung der Zentrumspartei, über die Ziele und Arbeiten auf politisch-parlamentarischem Gebiete im neuen Deutschland und namentlich auch über die inneren Verhältnisse Deutschlands, wie sie sich insbesondere durch den Friedensvertrag geformt haben, zu unterrichten.

Die Broterverrgung. Die Abgeordneten Erkelenz von der deutschdemokratischen Partei, Trümmer vom Zentrum, Dr. Stresemann von der Deutschen Volkspartei haben folgende Interpretation im Reichstag eingebracht: In weiten Teilen Deutschlands, insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet macht die Broterverrgung große Schwierigkeiten. Die gelebten Vorwürfen beziehen sich überwiegend auf Erfahrung, wie Volumenmehr, Maismehl. Die Zustände dauern schon monatelang. Sie können in kurzer Zeit schwerwiegende Folgen haben. Welche Maßnahmen will die Staatsregierung treffen, um die Broterverrgung zu stillen?

Nachrichten aus Sachsen

Leipzig, 1. Juli. Nach dem Personalauszeichnungsbericht der Universität Leipzig für das Sommerhalbjahr 1920 beträgt die Bevölkerung der Universität 6589. Überwiegend sind männliche und weibliche Studenten, und zwar 5214 männliche und 869 weibliche. Im Sommersemester 1919 betrug die Gesamtzahl der Studierenden 66



Dresden, Waisenhausstr. 22

Wochentags: 4, 1/4, 7, 1/2

Sonntags: 3, 5, 7, 9

Das einsame Wrack

Sensationsbilder mit Unterwasseraufnahmen in 6 Akten. Die Tauchszenen wurden von Heinz Carl Heiland mit Hilfe der schlauchlosen Dräger — Tiefseetauchapparate —

persönlich unter Wasser

aufgenommen und Heinz Carl Heiland steuert sein 100 PS-Rennboot „Fusodan“

Hauptdarsteller:

Harry Liedtke, Heinz Carl Heiland und Helene Voß

1821

Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten die tiefer-schütternde Nachricht, daß am 1. Juli nachmittags 2 Uhr mein herzens-guter, einziger Bruder, unser lieber guter Onkel und Cousin, Herr Oberinspektor

Albin Suckow

im 61. Lebensjahre, gestärkt durch die hl. Mission, nach kurzem Leiden ganz plötzlich verschieden ist.

In tiefstem Schmerze
Frau Anna Kählig geb. Suckow
im Namen aller Hinterbliebenen.

Dresden-A., Borsbergstraße 2, II.

Die Beerdigung findet Montag, den 5. d. Mts. nachmittags 3 Uhr auf dem äußeren katholischen Friedhofe statt.

Zugedachte Blumenspenden bittet man beim Friedhofsm. abzugeben.

Amtliche Bekanntmachungen

Ernte 1920

Gemäß der Reichsgesetzblattverordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 — R.G.B. S. 1028 — wird für den Bezirk des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung (Stadt Dresden und Landkreis Dresdner-Land und Dresden-Stadt) einheitlich der Stadt Radeberg folgende bestimmt:

§ 1. Getreide (Roggen, Weizen, Spelt, Dinkel, Reis), Emmer, Gerste und Hafer, das im Bezirk des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung gewachsen ist, allein oder mit anderen Getreidesorten gemischt, wird mit der Trennung vom Boden für den Kommunalverband Dresden und Umgebung beschlagahnhmt.

Gemenge (Weizengrund, Weizenkorn), in dem sich Getreide befindet, gilt als Getreide; Gemenge, in dem sich kein Getreide, aber Gerste, Gemenge, in dem sich weiter Getreide noch Gerste, aber Hafer befindet, gilt als Hafer.

Die Beschlagnahme erfordert sich auch auf dem Halm und die aus dem beschlagahnhmten Getreide hergestellten Erzeugnisse, wie Weiz, Schrot, Getre, Gruppen, Gerste, Hafer, Mais, Mit dem Ausbruch wird das Stroh von der Beschlagahnhme nach dieser Verordnung frei.

§ 2. Vor der Trennung vom Boden dürfen Kaufverträge über Getreide oder andere auf Veräußerung oder Erwerb von Getreide geschlossene Verträge nicht abgeschlossen werden, wenn nicht der Kommunalverband Dresden und Umgebung schriftlich seine Zustimmung hierzu erklärt hat.

Verträge die vor Erlass dieser Bekanntmachung abgeschlossen sind, sind nichtig.

§ 3. Die Besitzer beschlagahnhmter Vorräte sind berechtigt und verpflichtet, bis zur Erhaltung und Pflege der Vorräte erforderlichen Handlungen vorzunehmen; sie sind berechtigt und auf Verlangen des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung verpflichtet, auszubrechen, sowie bei Gemenge Körner und Hülsenfrüchte voneinander zu trennen.

Als Besitzer im Sinne dieser Bekanntmachung gilt auch der mit der Verwaltung der Vorräte für den Eigentümer betraute Inhaber des Gewerbeams.

§ 4. An den beschlagahnhmten Vorräten dürfen im übrigen Veränderungen nicht vorgenommen werden, soweit sich nicht aus den § 5 und 6 etwas anderes erhebt. Das Gleiche gilt von rechtsfachlichen Veränderungen über sie und von Rechtsabschlägen, durch die eine Verpflichtung zu solchen Veränderungen begründet wird, sowie von Verfügungen, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollstreckung erfolgen.

§ 5. Ertrag der Beschlagahnhme durch Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe von ihrem selbstgebaute Getreide in der Zeit vom 10. August 1920 bis 15. August 1921

L. a) zur Erhaltung der Selbstversorger auf den Kopf an Getreide monatlich maximal 12 kg, an Gerste und Hafer monatlich je 5 kg verbrauchen;

b) die durch die Tarifverträge festgestellten Deputatmengen an Deputatberechtigte zum eigenen Verbrauch liefern, auch soweit sie die unter a) genannten Mengen überschreiten;

c) zur Erhaltung des im Betriebe gehaltenen Viehs die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Zustimmung des Reichsrates festzuhaltenden Mengen Gerste und Hafer verwenden — die Verflüssigung darf nur in gebräuchlichen Zuständen erfolgen, soweit nicht die zuständige Amtshauptmannschaft in Dresden die Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Dresden-Stadt, Hauptstraße 5, 8) Ausnahmen gestattet;

d) zur Bestellung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke auf das Hektar verordnen:

an Winterroggen bis zu 185 kg,
an Sommerroggen bis zu 160 kg,
an Winterweizen bis zu 190 kg,
an Sommertweizen bis zu 185 kg,
an unergerbtem Spelt bis zu 800 kg,
an Spelzweizen bis zu 210 kg,
an Gerste bis zu 180 kg,
an Hafer bis zu 160 kg,

an Weiz nicht dieselben Säye nach dem Richtungsverhältnis des Getrebes;

e) Gerste und Hafer auf Bezugsschein liefern, soweit der Ankauf auf Bezugsschein gestattet wird. Das so erworbene Getreide darf nur für den Zweck, zu dem der Ankauf gestattet wurde, verwendet werden. Die Geschäfte haben

Rath. Christstaller,
32 J., groß, gute Erscheinung, in gel. Pol., 29.000 M. Einf., wünscht im großen, hellblond. Rödch, aus gut. Hause zu verheiraten (siehe ja Witte o. d. u. angezeigt). Sehr aus. Anschr. nur in Bild, das best. gerügt wird, unt. G. Dau. 158 an die Geschäftsstelle da. Bl.

Möbliertes Zimmer

für 1 eb. 2 berufstätige sollte Personen, möglichst mit Bettwäsche zu vermieten. Dresden, Jahnstraße 1, IV. (Wettinerplatz).

Unreines Blut

Zur Blutreinigung und Ausscheidung aller Schäfte aus den Stäften gibt es nichts Besseres

als

Rathsfeldisches Pulver

Schachtel M. 5.—, Verband:

Grüne Apotheke, Erfurt 209.

hören drei Tagen nach Abholung der zuständigen Amtshauptmannschaft — in Dresden der Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Dresden-Stadt, Hauptstraße 5, 8 — anzulegen. Die näheren Bekanntungen trifft der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft über die von ihm bestellte Stelle.

II. ob nach den geltenden Bestimmungen für Saatzwecke erworbene Saatgut in den vorstehend unter I d) festgesetzten Mengen zur Verfütterung vermindert;

III. aus grünem Dinkel und Spelt Gräsern herstellen und hierzu zur Erhaltung der Selbstversorger auf den Kopf insgesamt bis zu 8 kg verbrauchen.

Als Selbstversorger gelten nur solche Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe mit den von ihnen zu bestellenden Personen, die sich den noch zu erlösenden Verbrauch- und Mahlvoorberechten für Selbstversorger unterworfen und auf Grund dieser Vorschriften als Selbstversorger anerkannt sind.

Die III. hergestellten Mengen Gräsern sind unverzüglich, spätestens bis zum 15. August 1920, der zuständigen Amtshauptmannschaft — in Dresden der Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Dresden-Stadt, Hauptstraße 5, 8 — anzulegen. Hierbei sind die Anzahl der Selbstversorger und die für diese nach III. bestimmbaren Mengen anzugeben.

Dagegen ist alles Schrot und Quetschen von Roggen und Weizen in Mühlen aller Art oder auf Schrotmühlen (Quetschen) verboden.

§ 6. Die Besitzer beschlagahnhmter Vorräte haben im übrigen das Recht und die Pflicht, die erdrohlichen Nöte dem Kommissarionär der Reichsgetreidestelle, der Firma Getreide-Einkauf G.m.b.H. in Dresden, Mittelstraße 90, oder deren Untercommissionären zum Kauf anzubieten. Dies gilt auch für mahlunfähige Ware und Hinterhorn.

Die Abnahme hat spätestens innerhalb zweier Wochen nach dem Angebot, die Zahlung spätestens 15 Tage nach der Ablieferung der Ware zu erfolgen.

Die für jede Fruchtart zu bezahlenden Preise und etwaige sonstige Nebenkosten werden noch besonders bekanntgemacht.

§ 7. Jeder Besitzer von beschlagahnhmten Getreide hat die Pflicht, der zuständigen Amtshauptmannschaft — in Dresden der seinem Betrieb unterliegenden Wohlbehörde/Satzungsbezirk-Inspektion — mittels vorgeschriebenen Vorbruchs anzugeben.

a) den Ertrag des jeweils in einem Monat ausgedroschenen Mengen jeder Getreidart,

b) den Ertrag des Gesamtbetrags jeder Getreidart,

c) wieviel nach I a)–e) und III von jeder Getreidart ausgesondert worden ist.

§ 8. Derjenige der Getreide oder daraus hergestellte Erzeugnisse außerhalb des behördlich geregelten Verteilung zum Weiterveräußerung erwirkt oder Getreide abschließt, die solchen Ertrag zum Gegenstand haben, hat hierüber binnen drei Tagen nach dem Erwerbe oder dem Vertragsabschluß der zuständigen Amtshauptmannschaft — in Dresden der Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Dresden-Stadt, Hauptstraße 5, 8 — Anzeige zu erstatte.

Getreide und Mehl, das aus dem Auslande in den Kommunalverband Dresden und Umgebung eingeführt wird, sowie das aus ausländischen Getreide im Inlande hergestellte Mehl darf vom Einführer nur an den Kommunalverband Dresden und Umgebung, Hauptstraße 5, 8, abgesetzt werden. Jeder freihändige Verkauf an anderen Stellen oder Personen wird untersagt. Aus dem Auslande eingeschafftes Getreide darf vom Einführer nur mit Genehmigung des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung verarbeitet werden.

§ 9. Zwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Bekanntmachung werden nach §§ 80 und 81 der Reichsgesetzblattverordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100.000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Der Versuch ist strafbar.

Bei vorläufigem Verhältnis, Weiteteilhaftigkeit, Veräußerung oder Veräußerung von Vorräten muß die Geldstrafe, wenn ausschließlich auf sie erkannt wird, mindestens dem dreifachen Wert der Vorräte gleichkommen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht.

Neben der Strafe kann auf Einziehung des Getreides oder der Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied ob sie dem Täter gehörten oder nicht, soweit sie nicht für verfallen erklärt worden sind.

Dresden, am 30. Juni 1920.

Der Kommunalverband Dresden und Umgebung.

Der Rat zu Dresden.

Die Amtshauptmannschaft Dresden-Land und Dresden-Stadt.

Sommerfest im Kurhaus Klein-Zschaditz

Sonntag den 4. Juli, nachm. 4 Uhr
Tanz, humoristische Darbietungen,
Preisschießen, Kinderbelustigung.

Alle Freunde laden ein
Kath. Casino für Zschaditz :: Verein der Katholiken von Dresden-St. Ulrich

1821

Oberschlesier, Schlesier, Ost- und Westpreußen, sowie die deutschsprachigen Männer und Frauen!

Kommt am Sonnabend den 3. Juli in Maßen zu dem in den unterzeichneten Vereinen veranstalteten großen Fest! Umso genauer die Vergewaltigung der Abstimmungsgebiete, insbesondere Oberschlesiens. Es gilt zu zeigen, daß das deutsche Volk nicht gewollt ist, seine deutschen Brüder und Schwestern in den Abstimmungsgebieten dem Verderben preiszugeben. Es gilt, umso mehr Menschen, Schlesier, Schlesier, Ost- und Westpreußen, sowie die deutschsprachigen Männer und Frauen!

Kommt am Sonnabend den 3. Juli in Maßen zu dem in den unterzeichneten Vereinen veranstalteten großen Fest! Umso genauer die Vergewaltigung der Abstimmungsgebiete, insbesondere Oberschlesiens. Es gilt zu zeigen, daß das deutsche Volk nicht gewollt ist, seine deutschen Brüder und Schwestern in den Abstimmungsgebieten dem Verderben preiszugeben. Es gilt, umso mehr Menschen, Schlesier, Schlesier, Ost- und Westpreußen, sowie die deutschsprachigen Männer und Frauen!

Kommt am Sonnabend den 3. Juli in Maßen zu dem in den unterzeichneten Vereinen veranstalteten großen Fest! Umso genauer die Vergewaltigung der Abstimmungsgebiete, insbesondere Oberschlesiens. Es gilt zu zeigen, daß das deutsche Volk nicht gewollt ist, seine deutschen Brüder und Schwestern in den Abstimmungsgebieten dem Verderben preiszugeben. Es gilt, umso mehr Menschen, Schlesier, Schlesier, Ost- und Westpreußen, sowie die deutschsprachigen Männer und Frauen!

Kommt am Sonnabend den 3. Juli in Maßen zu dem in den unterzeichneten Vereinen veranstalteten großen Fest! Umso genauer die Vergewaltigung der Abstimmungsgebiete, insbesondere Oberschlesiens. Es gilt zu zeigen, daß das deutsche Volk nicht gewollt ist, seine deutschen Brüder und Schwestern in den Abstimmungsgebieten dem Verderben preiszugeben. Es gilt, umso mehr Menschen, Schlesier, Schlesier, Ost- und Westpreußen, sowie die deutschsprachigen Männer und Frauen!

Kommt am Sonnabend den 3. Juli in Maßen zu dem in den unterzeichneten Vereinen veranstalteten großen Fest! Umso genauer die Vergewaltigung der Abstimmungsgebiete, insbesondere Oberschlesiens. Es gilt zu zeigen, daß das deutsche Volk nicht gewollt ist, seine deutschen Brüder und Schwestern in den Abstimmungsgebieten dem Verderben preiszugeben. Es gilt, umso mehr Menschen, Schlesier, Schlesier, Ost- und Westpreußen, sowie die deutschsprachigen Männer und Frauen!

Kommt am Sonnabend den 3. Juli in Maßen zu dem in den unterzeichneten Vereinen veranstalteten großen Fest! Umso genauer die Vergewaltigung der Abstimmungsgebiete, insbesondere Oberschlesiens. Es gilt zu zeigen, daß das deutsche Volk nicht gewollt ist, seine deutschen Brüder und Schwestern in den Abstimmungsgebieten dem Verderben preiszugeben. Es gilt, umso mehr Menschen, Schlesier, Schlesier, Ost- und Westpreußen, sowie die deutschsprachigen Männer und Frauen!

Kommt am Sonnabend den 3. Juli in Maßen zu dem in den unterzeichneten Vereinen veranstalteten großen Fest! Umso genauer die Vergewaltigung der Abstimmungsgebiete, insbesondere Oberschlesiens. Es gilt zu zeigen, daß das deutsche Volk nicht gewollt ist, seine deutschen Brüder und Schwestern in den Abstimmungsgebieten dem Verderben preiszugeben. Es gilt, umso mehr Menschen, Schlesier, Schlesier, Ost- und Westpreußen, sowie die deutschsprachigen Männer und Frauen!

Kommt am Sonnabend den 3. Juli in Maßen zu dem in den unterzeichneten Vereinen veranstalteten großen Fest! Umso genauer die Vergewaltigung der Abstimmungsgebiete, insbesondere Oberschlesiens. Es gilt zu zeigen, daß das deutsche Volk nicht gewollt ist, seine deutschen Brüder und Schwestern in den Abstimmungsgebieten dem Verderben preiszugeben. Es gilt, umso mehr Menschen, Schlesier, Schlesier, Ost- und Westpreußen, sowie die deutschsprachigen Männer und Frauen!

Kommt am Sonnabend den 3. Juli in Maßen zu dem in den unterzeichneten Vereinen veranstalteten großen Fest! Umso genauer die Vergewaltigung der Abstimmungsgebiete, insbesondere Oberschlesiens. Es gilt zu zeigen, daß das deutsche Volk nicht gewollt ist, seine deutschen Brüder und Schwestern in den Abstimmungsgebieten dem Verderben preiszugeben. Es gilt, umso mehr Menschen, Schlesier, Schlesier, Ost- und Westpreußen, sowie die deutschsprachigen Männer und Frauen!

Kommt am Sonnabend den 3. Juli in Maßen zu dem in den unterzeichneten Vereinen veranstalteten großen Fest! Umso genauer die Vergewaltigung der Abstimmungsgebiete, insbesondere Oberschlesiens. Es gilt zu zeigen, daß das deutsche Volk nicht gewollt ist, seine deutschen Brüder und Schwestern in den Abstimmungsgebieten dem Verderben preiszugeben. Es gilt, umso mehr Menschen, Schlesier, Schlesier, Ost- und Westpreußen, sowie die deutschsprachigen Männer und Frauen!

Kommt am Sonnabend den 3. Juli in Maßen zu dem in den unterzeichneten Vereinen veranstalteten großen Fest! Umso genauer die Vergewaltigung der Abstimmungsgebiete, insbesondere Oberschlesiens. Es gilt zu zeigen, daß das deutsche Volk nicht gewollt ist, seine deutschen Brüder und Schwestern in den Abstimmungsgebieten dem Verderben preiszugeben. Es gilt, umso mehr Menschen, Schlesier, Schlesier, Ost- und Westpreußen, sowie die deutschsprachigen Männer und Frauen!

Kommt am Sonnabend den 3. Juli in Maßen zu dem in den unterzeichneten Vereinen veranstalteten großen Fest! Umso genauer die Vergewaltigung der Abstimmungsgebiete, insbesondere Oberschlesiens. Es gilt zu zeigen, daß das deutsche Volk nicht gewollt ist, seine deutschen Brüder und Schwestern in den Abstimmungsgebieten dem Verderben preiszugeben. Es gilt, umso mehr Menschen, Schlesier, Schlesier, Ost